**Auszug aus dem Protokoll der
öffentlichen Sitzung des Planungs-, Landwirtschafts- und Umweltausschusses
am 29.08.2017**

**Punkt 3.1: Beratung und Beschlussfassung über den Bebauungsplanentwurf
"Nördlich der Darmstädter Straße, 1. Änderung" - Beschlussempfehlungen
für die Gemeindevertretung
hier: Beschlussfassung über die Anerkennung des neuen Bebauungsplanentwurfs für die erneute Beteiligung der Öffentlichkeit und der erneuten Beteiligung der betroffenen Träger öffentlicher Belange
-Beratung und Beschlussfassung über Stellungnahmen
-Beratung und Beschlussfassung über den Offenlegungsbeschluss
Änderungsantrag der SPD-Fraktion (2017/073-1-1)**

Ulrich F. Koch (KOMM,A) stellt fest, dass der Antrag zu TOP 3 im Gemeindevorstand keine Zustimmung erhalten habe.

Der Bürgermeister erklärt, dass der Antrag gestellt sei und nur die Beschlussempfehlung fehle. Trotzdem könne der Ausschuss darüber beraten und abstimmen.

Der Vorsitzende erläutert, dass über die gesamte Vorlage beraten werden kann, da diese als Verhandlungsgegenstand auf der Tagesordnung stehe, eine Abstimmung aber nur zu Teil 1 (Stellungnahmen) möglich sei. So lange niemand Teil 2 (Offenlegungsbeschluss) als Antrag übernimmt, werde er über diesen nicht abstimmen lassen.

Im Verlauf der Sitzung erklärt der Bürgermeister, dass er für den Offenlegungsbeschluss die Antragstellung übernimmt.

Folgende Aspekte wurden inhaltlich diskutiert:

- Möglicher Zeitplan für Gebäudeniederlegungen: Widerspruch zwischen Artenschutzgutachten und Antrag. Herr Lusert (Planungsbüro) erklärt hierzu, dass ein Gespräch stattgefunden habe. Auf Nachfrage des Vorsitzenden sagt er zu, dass das Protokoll dieses Gesprächs dem Ausschuss zur Verfügung gestellt werden kann.
- Erhaltenswerter Einzelbaum auf der Grundstücksgrenze
- Naturschutzausgleich vor allem an gemeindlichen Gebäuden (Begrünung, Fledermauskeller)
- Verdichtung, insbesondere zur Frage, warum das Gebiet 1.1 mit in den B-Plan aufgenommen wurde.
- Hierzu erklärt Herr Lusert auf die konkreten Fragen von Christopher Schuldes (FDP):
Die Begrenzung auf 55 WE bezieht sich ausschließlich auf die Gebiete 1 und 2.
 - Für die Gebiete 1.1 und 2.1 entsteht keine zahlenmäßige Begrenzung der WE (wegen der Grenze im Regionalplan). Beide Gebiete werden nicht benachteiligt.
 - Maßgeblich für die Berechnung der Verdichtung ist die Fläche des geänderten B-Plans.
- Fragen zur Versickerung und Versiegelung werden vertagt, da die endgültigen Gutachten noch nicht vorliegen.

Markus Hennemann (Gemeindevertretervors.) erklärt, dass die SPD-Fraktion trotz der Aussagen von Herrn Lusert weiterhin eine schriftliche Stellungnahme beantragt, um Rechtssicherheit zu erreichen.

Der Bürgermeister schlägt vor, dass der gesamte Antrag zu TOP 3 vertagt wird und ggf. eine weitere Sitzung des PLU-Ausschusses (Sondersitzung) stattfindet. Da niemand widerspricht, wird der Antrag vertagt.

Jörg Stanzel (SPD) beantragt um 21.17 Uhr eine Sitzungsunterbrechung. Da niemand widerspricht, wird die Sitzung bis 21.25 Uhr unterbrochen.

Markus Hennemann (Gemeindevertretervors.) erläutert die einzelnen Punkte des Antrags der SPD-Fraktion. Eine kontroverse Diskussion ergibt sich nur zur Frage der Parkplätze.

Der Bürgermeister sagt zu, dass die einzelnen Punkte zur Einarbeitung an das Planungsbüro weitergeleitet werden.

Auch die SPD-Fraktion verzichtet auf eine Abstimmung des Antrags zu TOP 3.1, so dass dieser ebenfalls vertagt wird.